



WIND - NEWS

30. April 2004

Kontakt:

Bundesgeschäftsstelle
Herrenteichsstr. 1
D-49074 Osnabrück

Tel: 0541 - 35060-0

Fax: 0541 - 35060-30

Mail: info@wind-energie.de

Internet: www.wind-energie.de

Erstellt von:

JSB NEWS-Service

jsb@innovate-energy.de

Bundesverband WindEnergie	1
Neues Baugesetz erweitert Planungshoheit der Gemeinden	1
Neu installierte Leistung auf Vorjahresniveau	2
Englische Ausgabe der Marktübersicht „Wind Energy 2004“ erschienen	2
Branche	2
Wind 7 AG sagt IPO ab	2
Siemens: Permanentmagnet-Technik für Multi-Megawatt-Windkraftanlagen	3
IWR: Windjahr 2004: Anlagenerträge weiterhin unterdurchschnittlich	3
Energiekontor AG: Umsatz und Ergebnis 2003 wie erwartet rückläufig	3
Markt	3
FDP: Bundesregierung empfindet EEG-Strom als zu teuer	3
Offshore	4
Butendiek entscheidet sich für Offshore-Gründung von Bilfinger Berger	4
China launched first offshore wind power project	4
Regional	5
Niedersachsen: Naturschutzbund kritisiert Fehlentwicklung bei Windenergie	5
Bremerhaven: Ergebnisse von Forschungsprojekten für Windenergie vorgestellt	5
Rheinland-Pfalz: Windenergie nicht durch unsinnige Raumordnungsplanung verhindern	6
International	6
Dänemark kehrt nach Irrweg des Quotensystems zu festen Einspeisevergütungen zurück	6
Dänemark verstaatlicht das Hochspannungsnetz	6
AUSWind 2004: Deutscher Gemeinschaftsstand auf australischer Windmesse	7
UK: Forget Horse Power, Ford Go for Wind Power	7
Sonstiges	7
Breite internationale Unterstützung für renewables 2004	7
Clement hält Hand auf Energierecht	8
Deutsche Bundesstiftung Umwelt: Mit Öko-Energien im Kampf gegen den Klimawandel	9

BUNDESVERBAND WINDENERGIE

BWE Pressemitteilung, 30. April 2004.

Neues Baugesetz erweitert Planungshoheit der Gemeinden

Der Bundestag hat heute die Novelle des Baugesetzbuch in zweiter und dritter Lesung beschlossen. Danach können Kommunen zukünftig Bauanträge für Windenergieanlagen bei Neuerstellung oder Änderung eines Flächennutzungsplans zunächst für ein Jahr zurückstellen.

„Der Bundesverband Windenergie bedauert, dass mit der neuen Regelung die Erteilung einer Baugenehmigung für Windkraftprojekte abermals länger dauern wird. Wie viele Beispiele zeigen, war es auch mit dem geltenden Gesetz möglich, die örtliche Akzeptanz für Windenergie mit einer zügigen Genehmigungspraxis zu verbinden“, so Dr. Peter Ahmels, Präsident des Bundesverband WindEnergie (BWE). „Der Schlüssel für eine gute Planung liegt nicht in einer möglichst langen Genehmigungsphase“. Wichtig sei es, von Anfang an mit offenen Karten zu spielen und eine möglichst breite Beteiligung aller Betroffenen sicherzustellen. Dies gelte für den Planungsprozess, aber auch für andere Aspekte, etwa Pachtzahlungen an die Landeigentümer.

Als positiv bewertet der BWE, dass eine Kommune jetzt verpflichtet ist, einem Bauherrn innerhalb von sechs Monaten zu antworten, ob sein Antrag zurückgestellt wird. Auch kann ein Windkraftprojekt nicht mehr mit einer pauschalen Begründung, dass beispielsweise ein Flächennutzungsplan für ein Freizeitgelände erarbeitet wird, zurückgestellt werden. Dies hatte in der Planungspraxis oft zu langwierigen Verzögerungen geführt.

„Ich hoffe, dass die Chance von Planern und Kommunen genutzt wird, den weiteren Ausbau der Windenergie voranzubringen. Dabei hat die Akzeptanz Vorrang,“ so Ahmels.

Mit der Rückstellungsmöglichkeit hat die Regierungskoalition einen Kompromiss mit der Opposition gefunden, um ein Vermittlungsverfahren im Bundesrat zu vermeiden. Das Gesetz ist zustimmungspflichtig.

[zum Inhalt](#)

BWE Pressemitteilung, Hannover, 20. April 2004.

Pressemitteilung zu den heute auf der Hannover-Messe präsentierten Quartalszahlen der Windenergiebranche

Neu installierte Leistung auf Vorjahresniveau

Die großen Windenergieanlagen-Hersteller konnten im ersten Quartal dieses Jahres nahezu genau so viel Leistung neu installieren wie im Vergleichszeitraum. "Mit rund 350 Megawatt (*siehe Nachberechnung unten*) neu installierter Leistung liegen wir praktisch auf dem Vorjahresniveau.", erklärt Dr. Peter Ahmels, Präsident des Bundesverbandes Windenergie (BWE) auf der Hannover-Messe.

Nach einer Umfrage unter den führenden Anlagenherstellern und Hochrechnung des BWE wurden im ersten Quartal 2004 rund 215 (*siehe Nachberechnung unten* / Vorjahreswert 227) neue Windenergieanlagen mit einer Leistung von rund 350 Megawatt (*siehe Nachberechnung unten* / Vorjahreswert 353,5 MW) aufgestellt. Ende März 2004 waren damit rund 15.600 Windenergieanlagen (*siehe Nachberechnung unten*) mit einer Gesamtleistung von 14.960 Megawatt (MW / *siehe Nachberechnung unten*) in Deutschland installiert. Diese können in einem durchschnittlichen Windjahr 29,1 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugen, das entspricht 6,2 Prozent des Stromverbrauchs. Gegenüber der herkömmlichen Stromerzeugung werden dadurch 23,5 Millionen Tonnen des Treibhausgas CO₂ vermieden.

Ahmels: "Angesichts der langen und kontroversen Diskussion um die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetz erfreut uns diese stabile Entwicklung." So hätten sich Banken und Planer zuletzt schwer getan, bereits angeschobene Projekte umzusetzen. "Allerdings können wir die Auswirkungen der Novelle auf die weiteren Aufstellungen in diesem Jahr noch nicht abschätzen", so Ahmels weiter. "Ich gehe davon aus, dass durch die starken Einschnitte einige geplante Projekte nicht mehr realisiert werden können. An bestimmten Standorten summieren sich die beschlossenen Gesetzesänderungen auf ein Minus von mehr als 10 Prozent. So wird die jährliche Degression der Vergütung mit zwei Prozent stärker zu Buche schlagen und die Laufzeit der Anfangsvergütung wird um bis zu 18 Monate reduziert."

Zur internationalen Entwicklung der Windenergie bemerkt Ahmels: "Deutschland ist nach wie vor einer der wichtigsten Märkte für die Windenergie. Ein Drittel der weltweit installierten Leistung von 7.980 MW wurde 2003 in Deutschland aufgestellt. Bezieht man die neu installierte Kapazität jedoch auf die Einwohnerzahlen der Länder, haben Dänemark, Spanien und Österreich pro Kopf gerechnet Deutschland 2003 überholt. Wir müssen aufpassen, dass wir unsere technologische Spitzenstellung halten."

Nachberechnung: In der Nachberechnung durch das Deutsche Windenergie-Institut wurde für das 1. Quartal 2004 ein Zubau von 330 MW ermittelt. Insgesamt wurden 199 neue Windenergieanlagen errichtet. Ende März waren demnach in Deutschland 15.585 Windenergieanlagen mit einer Leistung von 14.940 MW am Netz.

[zum Inhalt](#)

BWE-Publikation:

Englische Ausgabe der Marktübersicht „Wind Energy 2004“ erschienen

Pünktlich zur Hannovermesse hat der BWE die internationale Ausgabe der Marktübersicht „Wind Energy 2004“ vorgelegt. Damit gibt es zum zweiten Mal eine mehrsprachige Version des deutschen Standardwerkes. Die 200 Seiten starke Publikation in englischer Sprache mit Zusammenfassungen in Spanisch und Französisch enthält detaillierte technische Daten von mehr als 100 Windkraftanlagen. Die Anlagenübersicht wird ergänzt durch ein umfangreiches Branchenverzeichnis sowie Fachartikeln u.a. zur Offshore-Entwicklung, zu Repowering sowie der technischen Entwicklung von Windkraftanlagen.

Bereits im Februar wurde die 350 Seiten umfassende deutsche Ausgabe der Marktübersicht „Windenergie 2004“ veröffentlicht. Diese enthält zusätzlich zu den Inhalten der mehrsprachigen Ausgabe Leistungsbilanzen von mehr als 400 Windkraftfonds, die Betriebsergebnisse des Vorjahres von mehr als 3000 Windkraftanlagen sowie erstmals einen Überblick über die Wartungskonzepte der Anlagenhersteller.

Beide Ausgaben der Marktübersicht sind als Buch und CD-Rom erhältlich. Jeweils zum Preis von 21,50 Euro bzw. 13 Euro für Mitglieder. Weitere Informationen und Bestellungen unter service@wind-energie.de, Fax.: 0541/35060-50

[zum Inhalt](#)

BRANCHE

IWR, .04.2004 , 11:11 Uhr

Wind 7 AG sagt IPO ab

Eckernförde - Nach der Verschiebung der Börsenpläne 2002/2003 hat die wind 7 AG die geplante Erstemission (IPO) erneut verschoben. Das berichtete die Nachrichtenagentur Reuters. Nach 2002 (Ergebnis: - 2 Mio Euro) wird die wind 7 AG auch 2003 mit einem Verlust abschließen, teilte der Windparkbetreiber jetzt mit. Das Ergebnis für 2003 soll aber

deutlich besser ausfallen als im Vorjahr. Der Vorstand geht davon aus, dass die wind 7 AG die hohen Börsengangsvorbereitungskosten, die im letzten Jahr das Ergebnis so stark beeinflusst hatten, Anfang 2004 vollständig "verdaut" hat und bereits im Laufe des Geschäftsjahres leicht positive Ergebnisse erzielt werden können

[zum Inhalt](#)

IWR, 26.04.2004 , 13:37 Uhr

Siemens: Permanentmagnet-Technik für Multi-Megawatt-Windkraftanlagen

Nürnberg - Ein speziell gefertigtes getriebeloses, permanentmagnet-erregtes Generatorsystem von Siemens Automation and Drives (A&D) wurde in die weltweit größte Windkraftanlage mit Permanentmagnet-Technik an der norwegischen Westküste eingebaut. Siemens lieferte neben dem Generatorsystem auch die Geafol-Gießharz-Transformatoren für die Anbindung der Windkraftanlage an das 22-Kilovolt-Netz sowie eine Simatic S7-300 Steuerung mit Profibusanschluss für den von Scanwind entwickelten zentralen Turbinenregler. Das gesamte Engineering und die Inbetriebsetzung des Generatorsystems gehörten ebenfalls zum Leistungsumfang von Siemens.

Nach Angaben von Siemens macht ein getriebeloses Konzept mit Permanentmagnet-Technik Getriebewartung und Öleinsatz überflüssig. Die Anlage laufe bereits bei niedrigen Windgeschwindigkeiten oder kurzen Böen an. Die Permanentmagnete des Generators sind mit einer speziellen Beschichtung versehen, damit im unmittelbaren Küstenbereich oder auf hoher See auch extreme Feuchte und Salzlufte zu keinerlei Korrosion führen, so Siemens.

Das Regeln der Generatordrehzahl und die Einspeisung in das öffentliche Netz übernimmt ein Simovert Masterdrive mit Active Front End. Das Active Front End erzeugt netzfreundlichen sinusförmigen Strom nahezu ohne Oberschwingungen, teilte der Elektronikonzern mit.

[zum Inhalt](#)

IWR, 21.04.2004 , 15:35 Uhr

IWR: Windjahr 2004: Anlagenerträge weiterhin unterdurchschnittlich

Münster - Das Windertragsjahr 2004 bleibt auch nach dem ersten Quartal 2004 unterdurchschnittlich. Nach Angaben des Internationalen Wirtschaftsforum Regenerative Energien (IWR) liegt die Stromerzeugung aus Wind in Deutschland nach den ersten drei Monaten des Jahres 2004 unterhalb der Normalwerte der letzten 10 Jahre (1994 - 2003). Der IWR-Windertragsindex weist für die Küstengebiete von Januar bis Ende März 2004 im Schnitt ein Minus von 4,7 Prozent (Jan bis Februar 2004: - 5,1) und für das nordwestdeutsche Binnenland ein Minus von 2,6 Prozent (Jan bis Februar: - 1,3) auf.

[zum Inhalt](#)

19.04.2004 , *Energiekontor AG*

Energiekontor AG: Umsatz und Ergebnis 2003 wie erwartet rückläufig

Der Jahresabschluss der Energiekontor AG wurde am Freitag, den 16. April 2004, durch den Aufsichtsrat festgestellt und gebilligt. Wie erwartet liegt das Ergebnis unter den Vorjahreswerten.

Umsatzerlöse in Höhe von EUR 69,503 Mio. konnten realisiert werden (Vorjahr: EUR 102,288 Mio.). Das Ergebnis vor Steuern und Zinsen (EBIT) beträgt TEUR -932 (Vorjahr: EUR 9,197 Mio.), das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegt bei TEUR 513 (Vorjahr: EUR 10,373 Mio.). Ein Konzernüberschuss von TEUR 192 konnte realisiert werden (Vorjahr: EUR 6,437 Mio.).

Die Veränderung der Zahlungsmittel (Cash Flow) liegt bei EUR -8,178 Mio. (Vorjahr EUR -4,514 Mio.). Das vollständige Ergebnis wird durch die Energiekontor AG am 30. April veröffentlicht werden.

Wesentliche Gründe für diese Entwicklung war die lange andauernde Diskussion um das Erneuerbare-Energien Gesetz (EEG), das die gesetzliche Grundlage für den Ausbau der Windenergie darstellt. Vor diesem Hintergrund zeigten sowohl Banken als auch institutionelle und private Investoren Zurückhaltung. Das neue EEG wird nach Angaben des Bundesverbandes Windenergie Mitte Juli 2004 in Kraft treten und nach Einschätzung der Gesellschaft eine positive Signalwirkung für die Branche haben.

[zum Inhalt](#)

MARKT

28.4.2004 – MdB Brunkhorst

FDP: Bundesregierung empfindet EEG-Strom als zu teuer

BERLIN. Heute – rund vier Wochen nach Beschluss der EEG-Novelle – wird das Konzept der FDP zur marktwirtschaftlichen Förderung erneuerbarer Energien im Umweltausschuss beraten. Die FDP tritt ein für ein

mengengesteuertes Modell, nach dem mittels Ausschreibung diejenigen Stromversorger den Zuschlag erhalten, die am kostengünstigsten Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen. Die rot-grüne Koalitionsfraktion wird diesen Antrag wie erwartet ablehnen.

Allein die zeitliche Verzögerung der Behandlung des FDP-Konzeptes ist eine grobe Brüskierung. Der eigentliche Skandal ist jedoch, dass die Bundesregierung auf der einen Seite vehement gegen eine marktwirtschaftliche Förderung von erneuerbaren Energien kämpft und stur am System fester Einspeisevergütung in Deutschland festhält. Auf der anderen Seite wird aber das FDP-Modell bereits für eigene Zwecke praktiziert:

Zur Stromversorgung des Bundesumweltministeriums und dessen untergeordneter Behörden hat die Bundesregierung eine europaweite Ausschreibung durchgeführt. Den Zuschlag haben italienische und österreichische Stromversorger erhalten. Sie haben am billigsten Strom aus Wasserkraft angeboten.

Diese Doppelmoral muss die Bundesregierung den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland erklären. Diese müssen nämlich nach der geltenden Gesetzeslage weiterhin teuren EEG-Strom in Deutschland mitbezahlen und haben keine Chance, selbst zu wählen. Die FDP fordert die Bundesregierung in einer geradeeingebrachten Kleinen Anfrage auf, ihr Verhalten zu erklären. Man kann als Regierung nicht Wasser predigen, aber Wein trinken!

Die Kleine Anfrage der FDP kann im Büro von Angelika Brunkhorst abgerufen werden.

[zum Inhalt](#)

OFFSHORE

Butendiek, 19.04.2004

Butendiek entscheidet sich für Offshore-Gründung von Bilfinger Berger

Husum - Die Gründungs-Initiatoren des Offshore-Bürger-Windparks Butendiek haben eine weitere, bedeutende Entscheidung für ihr Offshore-Projekt getroffen: Die Bilfinger Berger AG, eine der größten und leistungsstärksten Baukonzerne Deutschlands, wird über ihre Tochtergesellschaft F+Z, Hamburg, die Offshore-Gründung für die 80 Windenergieanlagen von Butendiek liefern und ins Meer einbauen.

Am 19 April 2004, dem Eröffnungstag der Hannover-Messe, wurde im Beisein vom Bundesumweltminister Jürgen Trittin ein entsprechender Vorvertrag zwischen Vertretern von Butendiek und den Vorständen von Bilfinger Berger und F+Z unterzeichnet.

Geplant ist der Bau von 80 Monopiles (Stahlrohren) mit einer Länge von ca. 50 Metern. Die Wassertiefe an dem Windpark-Standort 34 km westlich von Sylt beträgt zwischen 17 und 20 Meter. Die Monopiles werden ca. 30 Meter in den Boden gerammt. Insgesamt werden über 30.000 Tonnen Stahl verbaut.

Besonderer Wert wird nach Angaben von Butendiek auf eine möglichst umweltverträgliche Einbringung der Rohre gelegt.

Den Ausschlag für Bilfinger Berger, so OSB Geschäftsführer Wolfgang Paulsen, hat nicht nur das Preis-Leistungs-Verhältnis gegeben. „Bilfinger Berger hat die Zusage gegeben, eine neue Hubinsel speziell für zukünftige Offshore-Tätigkeiten zu bauen. Damit sind sehr gute Voraussetzungen für die Realisierung des Offshore-Bürger-Windparks Butendiek durch die Bilfinger Berger AG gegeben.“

Der Bau der Monopiles ist in den Jahren 2005/2006 geplant. Parallel wird Vestas die 80 Windenergieanlagen montieren, sodass der Windpark mit der Gesamtleistung von 240 MW bis Ende 2006 in Betrieb genommen werden kann. Butendiek wird dann ca. 800 Mio. kWh Strom produzieren, genug für ca. 200.000 Privathaushalte.

Das gesamte Investitionsvolumen dieses mit 8.400 Gesellschaftern größten Bürger-Windparks der Welt liegt bei ca. 400 Mio. Euro.

[zum Inhalt](#)

April 26, 2004 - People's Daily

China launched first offshore wind power project

The Guangdong Planning Commission recently approved China's first offshore wind farm power plant project in Nan'ao county in the southeast of Guangdong Province.

The plant, with a total investment of 241.7 million yuan by InfraVest GmbH from Germany, will generate 20,000 kw electricity. It will be put into operation in two years.

Nan'ao, with a sea area of 4,600 square kilometers, is the only sea island in Guangdong. Another two wind farm power projects have also filed application to the provincial government. The county presents a great potential for wind power generation.

[zum Inhalt](#)

REGIONAL

26.4.2004 - Verivox

Niedersachsen: Naturschutzbund kritisiert Fehlentwicklung bei Windenergie

Oldenburg (dpa/Ini) - Der Naturschutzbund (NABU) in Niedersachsen hat massive Fehlentwicklungen beim Ausbau der Windenergie in Deutschland kritisiert.

"Was jetzt passiert, das sind Monsteranlagen, die unsere Landschaft überrollen. Sie sind eine Dauerbelastung für Anwohner, Erholungssuchende und die Tierwelt", sagte der NABU-Landesvorsitzende Hans-Jörg Helm am Samstag beim FDP-Landesparteitag in Oldenburg. "Jetzt ist das Mass voll und jetzt muss umgehend gegengesteuert werden", betonte er.

Die niedersächsische FDP wollte bei ihrem Parteitag unter anderem darüber debattieren, die gesetzliche Bevorzugungen für den Bau von Windkraftanlagen abzuschaffen.

"Die Privilegierungen im Baugesetzbuch haben wir so nicht gewollt, das war nie unser Ziel", sagte auch NABU-Landesvorsitzender Helm. Grundsätzlich befürwortete der Naturschutzbund zwar die Windenergie. Künftig müsse beim Bau von neuen Windrädern aber deren Größe begrenzt werden. Für das Binnenland forderte Helm eine Nabenhöhe von maximal 90 Metern und einen Abstand von mindestens 5 Kilometern zum nächsten Haus. Bei existierenden Anlagen müsse alle zwei Jahre die Lärmbelastung überprüft werden, verlangte der NABU-Chef.

[zum Inhalt](#)

26.4.2004 - idw

Bremerhaven: Ergebnisse von Forschungsprojekten für Windenergie vorgestellt

Bremerhaven. Bei einem Workshop in Bremerhaven wurden am vergangenen Freitag sieben laufende Forschungsprojekte für Windenergie vorgestellt. Im Rahmen der Schwerpunktsetzung der Förderung des Landes Bremen beschäftigen sich die meisten Projekte mit Fragestellungen im Bereich der Offshore-Windkraft. Bei den Forschungsprojekten handelt es sich in der Regel um anwendungsnahe Projekte, die meistens in Kooperation zwischen Unternehmen und wissenschaftlichen Institutionen durchgeführt werden. Das Land Bremen hat in seinem Schwerpunkt Windenergieforschung in den vergangenen fünf Jahren insgesamt 44 Projekte unterstützt.

Der Workshop wurde von der Windenergie-Agentur Bremerhaven/Bremen e.V. (WAB) und der Forschungs- und Koordinierungsstelle Windenergie (fk-wind) an der Hochschule Bremerhaven organisiert. Jan Rispens, Geschäftsführer der WAB zu den vorgestellten Projekten: "Unternehmen der Branche haben regelmäßig einen konkreten Forschungs- und Entwicklungsbedarf, aber häufig keine eigene Researchabteilung. Durch den Förderschwerpunkt Windenergie des Landes Bremen wird eine rasche Umsetzung von Forschungsprojekten mit guten Partnern ermöglicht".

Prof. Peter Ritzenhoff, Leiter der fk-wind an der Hochschule Bremerhaven: "Es gibt an den wissenschaftlichen Instituten im Lande Bremen beachtliche Kompetenzen, wenn es um aktuelle Forschungsfragen für Windenergie geht. Diese Kompetenzen sind in unterschiedlichen fachlichen Disziplinen und Instituten zu finden. Wir wollen daher diese Institute verstärkt vernetzen und gleichzeitig für die Branche Ansprechpartner sein. Ebenso führt die fk-wind selbst Forschungsprojekte, insbesondere in den Bereichen Anlagen- und Verfahrenstechnik sowie Mess-, Steuer- und Regelungstechnik durch".

Der Schwerpunkt der laufenden Forschungsprojekte, die vom Land Bremen gefördert werden, liegt eindeutig im Bereich der Offshore-Windkraft. Gezielt werden hier insbesondere Projekte aufgegriffen, die im Bereich der Betriebslogistik für Offshore-Windparks liegen, da die bisherigen Erfahrungen mit Offshore-Windparks die Bedeutung dieses Aspektes unterstreichen. Weiterhin gibt es in diesem Bereich einen Themenschwerpunkt Beschichtung und Korrosionsschutz. Auch neuartige Fundamentkonzepte für Wassertiefen von mehr als 25 Meter werden untersucht.

Die vorgestellten Projekte im Einzelnen:

- Energiekontor AG: Entwicklung innovativer Dienstleistungen für Offshore-Windparks
- Hochschule Bremen: Grundlage einer Richtlinie für Offshore-Windkraftanlagen
- Hochschule Bremerhaven: Machbarkeitsstudie eines Prüfstandes für 5 Megawatt-Anlagen
- IALB Universität Bremen: Transversalflossgeneratoren, Diagnosesystem Windkraftanlagen, - Inselnetze, Power Quality
- Meteocontrol GmbH: Windleistungsprognose für Netzregelung
- Trenz AG: Ein Softwarepaket für Windparkbetreiber
- WeserWind GmbH / TKB GmbH: Gründungskonzepte für Tripod-Offshore-Fundamente

Weitere Informationen per Email info@windenergie-agentur.de sowie unter www.hs-bremerhaven.de

[zum Inhalt](#)

Grüne LF RLP: 14 April 2004

Rheinland-Pfalz: Windenergie nicht durch unsinnige Raumordnungsplanung verhindern

Innenministerium rechtfertigt Verhalten der Planungsgemeinschaften

Vorranggebiete für Windkraftanlagen werden im neuen Raumordnungsplan für Trier nicht auf den wegen der Windgeschwindigkeiten am besten geeigneten Flächen ausgewiesen, sondern häufig dort, wo der Wind schwächer weht. Innenminister Zuber rechtfertigt das Vorgehen der regionalen Planungsgemeinschaft mit dem Argument, die Windgeschwindigkeit stelle kein regionalplanerisch zu bewertendes Merkmal für die Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie dar. Dies ergab die Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag.

"Würden die Planer bei anderen Ressourcen so vorgehen, wären massive Proteste vorprogrammiert. Man stelle sich beispielsweise vor, es würden dort Gebiete für den Abbau von Kies definiert, wo Kies kaum zu finden ist. Das ist absurd", erklärt Dr. Bernhard Braun (Ludwigshafen), energiepolitischer Sprecher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag.

Ähnliche Vorgaben werden zur Zeit nicht nur bei der Teilfortschreibungen des Raumordnungsplans Trier, sondern auch im Bereich Mittelrhein-Westerwald gemacht. "So wird der Bau von Windkraftanlagen verhindert, ohne dass die Landesregierung sich offen dagegen aussprechen muss", so Braun.

Auswirkungen der zur Zeit laufenden Überarbeitung des Rundschreibens "Hinweise zur Beurteilung der Zulässigkeit von Windkraftanlagen", in dem auch die Abstände zwischen Windkraftanlagen und Wohnbebauung neu geregelt werden sollen, auf die Genehmigung des Raumordnungsplans sieht das Innenministerium nicht.

"Die Landesregierung stellt mit dieser Erklärung ihre politische Lenkungsfunktion in Frage. Und: Warum arbeitet das Innenministerium dann seit Monaten an einem Rundschreiben, wenn dies ohnehin keinerlei Konsequenzen hat?", fragt sich Braun.

[zum Inhalt](#)

INTERNATIONAL

BOXER - Infodienst: 15.04.2004

Dänemark kehrt nach Irrweg des Quotensystems zu festen Einspeisevergütungen zurück

Die Regierung Dänemarks hatte im Januar 2002 ihre erfolgreiche Förderung Regenerativer Energien (u.a. über feste Stromeinspeisevergütungen für Windkraftstrom) beendet und ein Quotensystem favorisiert, welches man als Vorgabe der Europäischen Union erwartet hatte. Wegen mangelnder Effizienz und fehlendem Anreiz für Marktteilnehmer zu Investitionen ist ein Quotensystem für Regenerative Energien seitens der EU jedoch nie eingeführt worden. Auf Druck der Industrie, der Energieverbände und der politischen Opposition ist die dänische Regierung nun nach Angaben der World Wind Energy Association (WWEA) zur Förderung von Regenerativen Energien mittels fester Stromeinspeisetarife zurückgekehrt. Bis zum Jahr 2008 will man danach die Leistung um 800 MW auf dann 4.000 MW erhöhen und somit den Anteil der Regenerativen Energien an der Stromproduktion Dänemarks auf 25 % steigern. Neben der Auswechslung kleinerer Windkraftanlagen durch größere und dem Neubau zweier Offshore-Windparks ist nach Angaben der WWEA auch der Neubau von 40 Biogasanlagen vorgesehen.

[zum Inhalt](#)

BOXER - Infodienst: 15.04.2004

Dänemark verstaatlicht das Hochspannungsnetz

Nach Angaben der World Wind Energy Association (WWEA) beabsichtigt die Regierung Dänemarks das Hochspannungs-Übertragungsnetz des Landes einem staatlichen Unternehmen zu übertragen, um allen Marktteilnehmern einen gleichberechtigten Zugang zum Stromnetz zu sichern. Gleichzeitig soll damit das Risiko der Übernahme des nationalen Stromnetzes durch ausländische Investoren verhindert werden. Als Ausgleich für die Privatwirtschaft sollen Mittel- und Niederspannungsnetze sowie Stromerzeugungsanlagen, die unter staatlicher oder kommunaler Hoheit stehen, künftig von Privatunternehmen übernommen werden können.

[zum Inhalt](#)

Turnus Energy GmbH 26-Apr-2004

AUSWind 2004: Deutscher Gemeinschaftsstand auf australischer Windmesse

Der australische Markt für Windenergie steht vor einem großen Boom. Aufgrund gesetzlicher Änderungen werden bis zum Jahr 2010 Neuinstallation von bis zu 5.000 MW erwartet. Da Australien kaum über eigene Fertigungskapazitäten, Technologie und Know-how verfügt wird ein Großteil der Projekte nur mit ausländischen Produkten und Unterstützung umsetzbar sein. Insbesondere für die deutsche Industrie eröffnet dies hervorragende Geschäftspotentiale für Hersteller und Dienstleister.

Die Firma Turnus Energy mit Sitz in München und Melbourne bietet den Mitgliedern des BWE während der kommenden australischen Windmesse AusWind 2004 (29.-31. Juli) eine Beteiligung an einem deutschen Gemeinschaftsstand an. Hierbei besteht die Möglichkeit Ihr Unternehmen kostengünstig in einem stark wachsenden Markt der kompletten australischen Windenergiebranche zu präsentieren. Turnus Energy ist eine Vertriebsorganisation der deutschen Windenergiebranche in Australien und unterstützt ausländische Unternehmen beim Markteintritt in Australien.

Anmeldung und weitere Informationen unter: info@turnus.biz

[zum Inhalt](#)

April 18, 2004 - Scotsman.com News By Alan Jones, Industrial Correspondent, PA News

UK: Forget Horse Power, Ford Go for Wind Power

Huge wind turbines which will power one of the biggest UK factories owned by car giant Ford are set to be lifted into place as part of a groundbreaking project.

The 35-metre blades will be fitted later this month at the company's Dagenham plant in Essex in the biggest wind-power scheme of its kind in London.

Two 120-metre-high turbines – twice the height of Nelson's Column – will generate electricity for Ford's diesel centre. Ford of Britain chairman Roger Putnam said: "Once installed, the wind turbines will change the Dagenham and East London skyline for ever.

"There were good business and environmental reasons for embarking on this project."

Dale Vince, managing director of Ecotricity, which is involved in the project, said: "Our turbines will be providing Ford with enough electricity to power 3,000 homes, and we hope the project will raise awareness of wind power as a viable alternative energy source."

The turbines are set to produce electricity by the summer.

[zum Inhalt](#)

SONSTIGES

29.04.2004 Quelle:BMU

Breite internationale Unterstützung für renewables 2004

Die internationale Konferenz für erneuerbare Energien, die in 4 Wochen in Bonn stattfinden wird, stößt auf zunehmendes, internationales Interesse. Bundesumweltminister Jürgen Trittin nutzte die diesjährige Tagung der UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung, um für die Konferenz zu werben. "Das Ziel ist, weltweit die erneuerbaren Energien auszubauen, um eine elementare Energieversorgung bereit zu stellen, damit die Armut zu bekämpfen und zugleich wirksamen Klimaschutz zu betreiben.", sagte Trittin. Durch erneuerbare Energien könne die wirtschaftliche Entwicklung voran getrieben und Arbeitsplätze geschaffen werden. Vor diesem Hintergrund wurde die deutsche Initiative auf der Tagung in New York einhellig begrüßt.

In einem gemeinsam verabschiedeten Papier vereinbarte Bundesumweltminister Jürgen Trittin in New York eine verstärkte Zusammenarbeit mit der britischen Umweltministerin Margret Beckett. Deutschland und Großbritannien sind bei den Themen Klimaschutz und erneuerbare Energien Vorreiter in Europa. Das Papier unterstreicht das Engagement der beiden Länder: So hat sich Großbritannien das Ziel gesetzt bis zum Jahr 2050 die Kohlendioxidemissionen um 60 Prozent zu senken, Deutschland möchte bis 2020 eine Reduktion um 40 Prozent verglichen mit 1990 erreichen, wenn die EU insgesamt 30 Prozent Reduktion erbringt. Großbritannien will die Stromerzeugung aus erneuerbare Energien bis 2015 auf 15 Prozent steigern, Deutschland strebt 20 Prozent bis 2020 an. Beide Minister betonten die Synergien ihrer jeweiligen internationalen Initiativen.

Großbritannien ist die treibende Kraft einer internationalen Partnerschaftsinitiative aus Regierungen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zum Ausbau erneuerbarer Energien und Verbesserung der Energieeffizienz ("Renewable Energy and

Energy Efficiency Partnership" - REEEP). Diese Initiative soll Teil des bei der renewables 2004 zu beschließenden Aktionsprogramms werden und setzt auf die konkrete Umsetzung von Projekten. Beide Länder werden ihre Vorreiterfunktion dafür nutzen, dass nach der Konferenz im Juni ein internationaler Prozess den globalen Durchbruch der erneuerbaren Energien einleitet. "Mein Ziel ist, in zwei Jahren, wenn das Thema Energie in New York auf der Tagesordnung der Kommission für nachhaltige Entwicklung steht, zu substantziellen Beschlüssen auf UN-Ebene zu kommen", sagte Trittin.

[zum Inhalt](#)

19.4.2004 - Neues Deutschland

Clement hält Hand auf Energierecht

Greenpeace: Neues Energierecht dient nicht Verbrauchern und effizienter Versorgung

Freie Fahrt für sauberen Strom fordert die Umweltschutzorganisation Greenpeace. Die anstehende Neufassung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) bietet die Chance, für sinkende Preise, klimafreundlich erzeugten Strom und effiziente Einsatz zu sorgen.

Allerdings sei die Ende Februar vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) vorgelegte Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) in der jetzigen Fassung »ein massives Hindernis für eine dezentrale effiziente Energieversorgung«, erklärte Martin Hack, Rechtsanwalt und Experte für Energierecht, kürzlich in Berlin. Wirtschaftsminister Wolfgang Clement sichere sich mit dem am 27. Februar 2004 vorgelegten EnWG-Entwurf weitreichende Befugnisse, um in das Energiewirtschaftsrecht eingreifen zu können, betonte Hack, dessen Hamburger Kanzlei für Greenpeace eigene rechtliche Vorschläge erarbeitete. Mit der Novelle sei, so Hack, beispielsweise nicht mit einer Verringerung der oftmals als zu hoch kritisierten Netzentgelte zu rechnen. Die entscheidenden Regeln – etwa zu Regulierungsmethoden oder zur Berechnung der Netznutzungsentgelte – würden in die geplante Verordnungsermächtigung des BMWA gepackt und seien deshalb »jederzeit vom Minister zu ändern«. De facto erfolge keine Regulierung des Zugangs zu den Gas- und Stromnetzen, vielmehr würde das bisherige Prinzip des von den Verbänden verhandelten Netzzugangs weitergeführt. Auch die künftige Energie-Regulierungsbehörde könne nur auf Grund der Verordnungen des BMWA und damit abhängig vom Ministerium arbeiten, kritisierte der Energierechtsexperte aus der Hamburger Kanzlei Günter, Heidel, Wollenteit, Hack.

Kompetente Verbraucher, die im Sinne des Wettbewerbs den Energielieferanten wechselten, müssten sogar mit Restriktionen rechnen, falls ihr neuer Lieferant beispielsweise Konkurs anmelde. Nach §33 der Novelle seien die alten Grundversorger berechtigt, für Energielieferungen zur »Ersatzversorgung« – wenn der neue Versorger nicht mehr liefern könne – »gesonderte allgemeine Preise« für mindestens sechs Monate zu berechnen. Das sei Abzocke, so Hack.

Dem Anwalt zufolge ist auch die jüngst vom Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) verabschiedete und in §37 EnWG dargelegte Kennzeichnung von Stromlieferungen unzureichend. In jeder Jahresendabrechnung, fordert Hack, müsse der Anteil der einzelnen Energiequellen (Kernkraft, fossile Energieträger aufgeschlüsselt nach Braunkohle, Steinkohle, Erdgas, Erdöl und sonstiges, Erneuerbare Energien, aufgeschlüsselt in Solar, Wind, Wasser, Biomasse und Geothermie) aufgeführt werden. Außerdem müssten Umweltauswirkungen wie CO-Emissionen und die Strahlungsintensität von radioaktivem Abfall sowie das Herkunftsland bei Importstrom angegeben werden. Auch müsse dem Verbraucher durch den Vergleich des eigenen Stromverbrauchs und desjenigen eines effizienten Musterhaushalts eine Einordnung des eigenen Energieverbrauchs ermöglicht werden.

Hack forderte Clement auf, die Hindernisse bei der Eigenversorgung mit Strom und Wärme sowie beim Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) zu beseitigen. Diskriminierungen beim Netzanschluss müssten beseitigt werden. So sei aus §17 in Absatz 2 Satz 1 des Entwurf die Formulierung »aus sonstigen wirtschaftlichen« Gründen zu streichen. Es gebe keinen sachlichen Grund, aus wirtschaftlichen Gründen einen Netzanschluss zu verweigern. Der Netzbetreiber bekomme über Zuschüsse und Hausanschlusskosten die entstehenden Kosten ersetzt und könne sonstige Kosten auf die Netznutzungsentgelte umlegen. Greenpeace schlägt zudem vor, gemäß einem Vorschlag der EU-Kommission im Zweck des Gesetzes (§ 1) eine definierte Energieeinsparung festzuschreiben. »Jährlich sind 1 Prozent des Energievolumens einzusparen, das im Basisjahr an Endkunden verkauft und/ oder verteilt wurde«.

Die Novelle des EnWG wird derzeit von Wirtschaft und Verbänden diskutiert. Sie sollte vor der Sommerpause verabschiedet werden. Wegen der vielfachen Kritik gilt es als wahrscheinlich, dass der Zeitplan nicht eingehalten wird. Die Regulierungsbehörde für den deutschen Strom- und Gasmarkt muss laut EU-Richtlinie ab 1. Juli 2004 ihre Arbeit aufnehmen.

[zum Inhalt](#)

16.04.2004 Quelle: DBU

Deutsche Bundesstiftung Umwelt: Mit Öko-Energien im Kampf gegen den Klimawandel

Für Umwelt-Experten liegt es auf der Hand: Überschwemmungen, Trockenheit und Stürme haben zugenommen. "Diese Naturkatastrophen gelten als Vorboten des weltweiten Klimawandels. Deshalb müssen wir die Anstrengungen für den Klimaschutz verstärken", sagt Dr. Fritz Brickwedde, Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU). Der Weg: "Wir müssen im Alltag Energie sparen und mehr Sonnen-, Wind- und Wasserkraft einsetzen, also erneuerbare Energieträger", so Brickwedde. Dies biete auch Chancen für die Wirtschaft, sagte Brickwedde am "Tag der erneuerbaren Energien"

Gerade die erneuerbaren Energien schafften Arbeitsplätze, betont der DBU- Generalsekretär. So würde inzwischen mehr Stahl beim Bau von Windrad-Rotoren verarbeitet als im Schiffsbau. Nach Angaben des Bundesumweltministeriums hingen 2002 rund 135.000 Arbeitsplätze von erneuerbaren Energien ab. Die DBU setzt sich seit ihrer Gründung 1991 konsequent für alternative Energien ein und hat bislang 1.230 Projekte mit insgesamt rund 78 Millionen Euro gefördert.

"Der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Energieverbrauch lag in Deutschland im vergangenen Jahr erstmals über drei Prozent", betont Brickwedde. "Doch der Informationsbedarf der Menschen ist weiterhin hoch." Deshalb stehe die erste Juniwoche ganz im Zeichen alternativer Energiequellen: vom 2. bis zum 5. Juni lädt Bundespräsident Johannes Rau zur zweiten "Woche der Umwelt" in den Garten der Villa Hammerschmidt (Bonn). Neben der Deutschen Bundesstiftung Umwelt ist diesmal auch die NRW-Stiftung für Umwelt und Entwicklung Mitveranstalter, die Deutsche Energie-Agentur und EUROSOLAR unterstützen sie.

Rund 60 Aussteller und täglich 1.000 Gäste werden erwartet. Hintergrund ist die Internationale Konferenz für Erneuerbare Energien "renewables 2004", die Anfang Juni in Bonn zeitgleich stattfindet.

Mehr Informationen zu Förderprojekten der DBU gibt es unter: <http://www.dbu.de>

[zum Inhalt](#)